

GEFAHR WIKILEAKS – IST DIE DIE PLATTFORM GEFÄHRLICH, UNMORALISCH ODER WICHTIG UND SINNVOLL?

Die Enthüllungen von WikiLeaks zeigen, wie verwundbar Staaten und Unternehmen durch das Internet geworden sind. Dabei ist Datenspionage nur der Anfang. Im Zeitalter der neuen, digitalen Kriege lassen sich Wasserversorgung, Handynetze und sogar Kraftwerke über das Netz lahmlegen. Wie gut ist die Schweiz geschützt?

[von Anton Wagner]



▲ www.wikileaks.org



▲ Bradley Manning.

So also sieht der US-Staatsfeind Nummer eins aus: blond, leicht gerötete Wangen und das Lächeln eines Buben. Der 23-jährige US-Obergefreite Bradley Manning hat gerade die ganze Welt in Aufregung versetzt. Er erleichterte US-Behörden um Abertausende brisanter Depeschen, die Botschaften in aller Welt an das State Department in Washington geschickt hatten. Jetzt kann jeder auf der Internetseite der Organisation WikiLeaks nachlesen, was die USA über Spitzenpolitiker in aller Welt denken.

Der diplomatische Scherbenhaufen ist das Ergebnis eines einzigen virtuellen Anschlags im fernen Irak. Während seines Einsatzes nutzte Manning Sicherheitslücken in einem speziellen, von den Geheimdiensten überwachten Regierungsnetz und zapfte den Datenaustausch zwischen dem Verteidigungs- und dem Aussenministerium an. Der begabte Computerexperte kopierte die Daten auf eine CD und schickte sie an WikiLeaks.

Diese CD versetzte nicht nur die internationale Diplomatie in Aufruhr. Sie zeigt zugleich, wie verwundbar das Internet Staaten und Konzerne gemacht hat. Erst vor wenigen Tagen kündigte WikiLeaks-Gründer Julian Assange zudem an, die nächsten Enthüllungsgeschichten kämen, nach den Daten über den Irakkrieg, über Afghanistan und die internationale Diplomatie, aus der Bankenwelt. Seither fürchten Wall-Street-Manager, die Informationen könnten ihre Branche erneut ins Chaos stürzen. Alle fragen sich:

Wer ist der Nächste? Und vor allem: Wie sicher sind unsere Daten im Netz?

Die Cyber-Spionage ist nur der Anfang des Cyber-War. Denn vernetzte Computer prägen alle Bereiche unseres Alltags. In dieser Welt, in der bald jede Maschine eine Online-Adresse hat, können Sabotagesoftware, Virenangriffe und Mail-Attacken Handynetze, Krankenhäuser und Börsen lahmlegen. Sogar Industrieanlagen und Atomkraftwerke können auf diesem Weg angegriffen werden. Das hat auch unsere Politik begriffen und das Thema im Sicherheitsdenken, nebst der terroristischen Bedrohung, weit oben auf die Agenda gesetzt.

Die neue Kriegsführung

Um in einem Unternehmen oder einem ganzen Land Chaos anzurichten, reichen eine Handvoll Hacker, ein paar Computer und der Zugang zum Internet. Auch Terroristen horten längst Wissen darüber, wie sie mit Bits und Bytes grösseren Schaden anrichten könnten als mit Bombengürteln.

Im vergangenen Jahr erst gelang es den Taliban im Irak, den Datenstrom einer unbemannten Drohne vom Typ Predator anzuzapfen, sie hatten die Datenübertragung via Satellit geknackt. In der Cyber-Welt zählen Einfallsreichtum und Flexibilität mehr als materielle Überlegenheit. Einzelne sind in der Lage, ganzen Staaten erheblichen Schaden zuzufügen. Damit ist neue Art der Kriegsführung Realität geworden.

Das Selbstbewusstsein der Cyber-Aktivisten

Das Veröffentlichen von Geheimdokumenten ist nicht neu, aber mit dem Publizieren der «Afghan War Logs» hat WikiLeaks einen neuen Höhepunkt gesetzt. Dies wurde erst durch die dramatisch gesunkenen Kosten der Informationsspeicherung und -weitergabe möglich: Auf der einen Seite horten Regierungen und Unternehmen riesige Aktenber-



▲ WikiLeaks beleuchtet Amerikas Kriege.



▲ Minensuche in Afghanistan.



▲ Cyber-War durchbricht Geheimhaltung.



▲ US-Soldaten am Pranger.

ge, auf der anderen Seite kann jedes kleine Leck diese Informationen offenbaren. Die Aktivisten treten mit viel Selbstbewusstsein auf und finden weltweit Sympathisanten und immer neue Informationszuträger. Mit seinen Angriffen auf die US-Regierung und die Kriege im Irak und in Afghanistan hat WikiLeaks ein dankbares Ziel ins Auge gefasst. Bereits seit Jahren wird vom Abstieg der Weltmacht USA geschrieben. Die WikiLeaks-Publikationen passen prima in dieses Bild und werden daher von Journalisten und Öffentlichkeit begierig aufgenommen. Andere Ziele wie Russland, China oder auch Singapur sind sicher eine grössere Herausforderung, doch auch diese Staaten kennen ihre «Verräter» und auch unser System ist angreifbar.

WikiLeaks – nur Datenlieferant?

Bisher verzichtet WikiLeaks darauf, Daten zu analysieren, die Informationen werden an Dritte weitergegeben, meist an renommierte Medieninstitute und so breit gestreut, dass die Informationen, nicht verschwiegen werden. Der investigative Journalismus leidet sehr an dem im Vergleich zu früher sehr viel höheren Schrittempo der Nachrichtenverarbeitung – komplizierte oder komplexe Geschichten können in kommerziellen Medien kaum noch erzählt werden. WikiLeaks bietet sich hier als externe Plattform für diese Geschichten an – hat aber noch nicht wirklich einen Weg gefunden, die gewaltige Aufmerksamkeit in Aufklärung umzusetzen. Tausende Dokumente stehen online, aber nur wenige werden wirklich gelesen und verstanden. Doch das kann sich ändern, wenn WikiLeaks Experten beauftragt und die Daten tendenziös interpretiert. Die neuen Hacker sind technisch sehr fit und idealistisch, haben aber auch den Hang zu Arroganz und Verschwörungstheorien. WikiLeaks selbst ist aber total intransparent. Das mag es einfacher machen, andere zur Transparenz zu zwingen, aber gleichzeitig wird WikiLeaks selbst zum Ebenbild der Geheimniskrämer von Pentagon und Co.

Assange – der Motor

Die Organisation WikiLeaks ist heute absolut auf ihren Gründer Julian Assange zugeschnitten. Das kann ihr zum Vorteil gereichen, da Assange autonom und schnell agieren kann, als charismatischer Anführer kann er Leute

begeistern. Allerdings ist dies zugleich auch eine Schwäche, da die ganze Organisation leidet, wenn ihr Gründer Fehler macht, ob er nun zu Recht der Vergewaltigung beschuldigt wird oder ob dies ein Mittel ist, ihn auszuschalten. Eine gewichtige Gefahr besteht darin, dass das Publikum von WikiLeaks zwar sehr enthusiastisch ist, aber bisher nicht wirklich in die Arbeit eingebunden wird und deshalb nur durch ständig neue spektakuläre Enthüllungen bei der Stange zu halten ist.

Beispiel Somalia (Dokumente aus WikiLeaks)

Als somalische Piraten im September 2008 den ukrainischen Frachter «Faina» mit Waffengewalt im Golf von Aden aufbrachten, begann ein politisches Mysterienspiel. Klarheit bringt jetzt die Veröffentlichung diplomatischer US-Depeschen durch WikiLeaks.

Die Piraten hatten damals die übliche Beute an Bord des in Schweden gebauten 10'000-Tonnen-Motorschiffs vermutet – und staunten nicht schlecht, als sie 33 Kampfpanzer des sowjetischen Typs T-72 sowie 150 Granatwerfer, sechs Luftabwehrkanonen und jede Menge Munition fanden.

Nach Wochen des Feilschens wurden 3,2 Millionen Dollar Lösegeld gezahlt, die «Faina» kam Anfang Februar 2009 frei – und die Waffen wurden in Mombasa ausgeladen. «Das ist ein grosser Verlust für uns», hatte Alfred Mutua, der Sprecher der kenianischen Regierung, nach der Aufbringung des Schiffs durch die Piraten geklagt. Die Regierungen der Ukraine und Kenias erklärten gleichlautend, es handle sich um eine Waffenlieferung für die kenianische Armee. Sie bestritten vehement Behauptungen der Piraten, die aufgrund von Frachtpapieren an Bord berichteten, die Lieferung sei für die Rebellenarmee im Südsudan bestimmt.

Doch wie nun aus diversen ehemals geheimen Depeschen des US-Aussenministeriums in Washington hervorgeht, hatten die Piraten tatsächlich recht. Und nicht nur dies: Die brisante Fracht der «Faina» war nur eine von mehreren solcher Lieferungen. Unmittelbar zuvor waren bereits 67 T-72-Panzer im Südsudan angekommen. Dessen Rebellenarmee kämpft gegen das islamistische Regime in Khartum, das im Verdacht steht, zusammen mit arabischen Reitermilizen entsetzliche

Massaker und Menschenrechtsverletzungen in der Region Darfur angerichtet zu haben. Eine militärische Einmischung in diesen Konflikt in Form von Waffenlieferungen für die Rebellen birgt das Risiko einer brandgefährlichen Eskalation.

Doch nicht nur die Ukraine und Kenia waren in die Aufrüstung der Rebellen verwickelt – auch die US-Regierung von Präsident George W. Bush war von den Rebellen und der kenianischen Regierung darüber bestens informiert. Aus Geheimdepeschen der US-Botschaft in Nairobi geht überdies hervor, dass die USA der Rebellenarmee SPLA Kommunikationsmittel lieferten und deren Soldaten für den Kampf gegen den Norden trainierten.

Die Regierung von US-Präsident Barack Obama hat jedoch längst eine politische Wende vollzogen, der Ukraine inzwischen mit Sanktionen gedroht, falls sie ihre Rolle bezüglich der Waffenlieferungen in den Südsudan nicht offenlege. Auch hat Washington offenbar Druck auf die Kenianer ausgeübt, die Panzer nicht an die SPLA auszuliefern.

Beispiel «Khaled al-Masri» (Dokument aus WikiLeaks)

Auch in einen zweiten Fall, der international Schlagzeilen machte, kommt durch die WikiLeaks-Enthüllungen mehr Licht. Silvester 2003 war der deutsche Staatsbürger libanesischer Abstammung Khaled al-Masri auf einer Reise in Mazedonien von CIA-Agenten nach Afghanistan entführt worden. Al-Masris Name stimmte offenbar mit dem eines Al-Kaida-Mitglieds überein, seinen deutschen Pass hielt man für gefälscht. Er wurde in Afghanistan fünf Monate lang unter entwürdigenden Umständen festgehalten und nach seinen Aussagen gefoltert.

Schliesslich wurde er in Albanien an der mazedonischen Grenze ohne Geld und Papiere ausgesetzt. Eine Klage gegen die CIA wurde in den USA unter Berufung auf «Staatsgeheimnisse» abgelehnt.

Auf Antrag des Amtsgerichts München erliess das Bundesjustizministerium in Berlin internationale Haftbefehle gegen 13 mutmasslich an der Entführung beteiligte CIA-Agenten. Wie die Geheimdepeschen belegen, übte die US-Regierung daraufhin massiven Druck auf

die Bundesregierung aus, diese Haftbefehle nicht vollstrecken zu lassen. Der Gesandte der US-Botschaft in Berlin, John M. Koenig, warnte die Bundesregierung im Gespräch mit dem damaligen stellvertretenden Abteilungsleiter für Aussen- und Sicherheitspolitik im Kanzleramt, Rolf Nickel, dass es «negative Auswirkungen auf unser bilaterales Verhältnis und besonders für unsere Zusammenarbeit bei der Terrorabwehr» haben könne, falls weitere Schritte zum Arrest oder zur Auslieferung der CIA-Agenten erfolgen sollten. Die Warnung zeigte Wirkung: 2007 stellte die Staatsanwaltschaft München das Ermittlungsverfahren ein – man komme nicht weiter.

Beispiel «Folter von Gefangenen» (Dokument aus WikiLeaks)

Die Dokumente aus dem Irakkrieg umfassen den Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2004 und dem 31. Dezember 2009. Es sind Berichte von der Front eines chaotischen Krieges. So zeichnen die Dokumente ein Gesamtbild von massiver Gewalt und Chaos im Irak. Allein in 1764 Berichten kommt der Begriff «Folter» explizit vor, dazu kommt eine Vielzahl von Dokumenten, in denen die Misshandlung von Gefangenen zum Thema gemacht wird, ohne diese direkt als Folter zu bezeichnen. Die Dokumente zeigen, dass irakische Sicherheitskräfte in grösserem Ausmass als bisher bekannt für Folter und Misshandlungen von Gefangenen verantwortlich sind.

So heisst es in einem Bericht vom 25. Mai 2006, ein Iraker sei in der Provinz Diyala von irakischen Soldaten in seinem Haus festgenommen und dann monatelang in einem unterirdischen Bunker gefangen gehalten worden. Er wurde mit zusammengebundenen Händen an die Decke gehängt und mit einem Rohr an Rücken und Beinen geschlagen. Ausserdem verletzten die Folterer seine Beine mit einer Bohrmaschine. Später sei der Häftling von US-Kräften versorgt worden. Aus den Geheimdokumenten geht Medienberichten zufolge auch hervor, dass die US-Truppen solchen Vorwürfen in vielen Fällen nicht nachgegangen sind. So werden in einem Befehl vom Juni 2004 die US-Truppen angewiesen, Verstösse gegen das Recht in bewaffneten Konflikten – wie etwa die Misshandlung von Gefangenen – nicht zu untersuchen, wenn nicht Koalitionstruppen direkt beteiligt seien.



▲ WikiLeaks-Gründer Julian Assange.



▲ Geschwächte US-Regierung.



▲ Angela Merkel und Barack Obama.